

*
*
*
*
*
*
*
*
*

ÜBERSICHTEN

*
*

AUSSENPOLITIK

*
*

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

*(1)

China und die Afghanistan-Frage

Am 25. Dezember 1985, dem sechsten Jahrestag des Einmarsches sowjetischer Truppen in Afghanistan, bekräftigte China erneut seine "Unterstützung" für das afghanische Volk in seinem "Kampf gegen die ausländische Aggression" und verlangte den unverzüglichen und vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Außerdem verurteilte der Sprecher des Außenministeriums die Weigerung der Sowjetunion, die Afghanistan-Resolution der UNO durchzuführen.

Aus chinesischer Sicht hat sich die strategische Lage zugunsten der Guerilla laufend verbessert: So vereinigten sich z.B. im Mai 1985 sieben wichtige Guerillaorganisationen zur Allparteienkoalition der afghanischen Mudschahedin ("Kämpfer des heiligen Kriegs"). Früher war ihr Widerstand meist höchst unkoordiniert gewesen.

Die Mudschahedin kontrollierten 80% des Territoriums von Afghanistan. Die Sowjetunion habe seit Dezember 1979 60.000 Tote, und den Verlust von umfangreichem Kriegsmaterial, u.a. von 400 Hubschraubern, hinnehmen müssen. (Nach US-Schätzung haben die Sowjets seit 1979 15.000 Mann und 300 Flugzeuge bzw. Hubschrauber verloren. Außerdem haben sie in den Krieg bisher 66 Mrd. DM "investiert".)

1985 habe die Sowjetunion eine neue Strategie eingeschlagen, die durch zwei Merkmale gekennzeichnet sei. Erstens nämlich konzentrierten sich ihre Großoffensiven auf Gebiete entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze, um von dort her die Logistik und den Zustrom weiterer Mudschahedin abzuschneiden. Zweitens werden die Offensiven, anders als früher, fast nur noch von sowjetischen Truppen durchgeführt, da sich die Karmal-Verbände als unwillig erwiesen hätten.

Ziel der sowjetischen Offensiven sei es, den Belagerungsring um die Karmal-Garnisonen aufzubrechen, ihre eigenen Nachschublinien aufrechtzuerhalten, Guerillabasen zu okkupieren, Guerillagebiete in unbewohnbares Wüstenland zu verwandeln, die Grenze nach Afghanistan zu versiegeln und damit die Nachschublinien der Guerillas abzuschneiden.

Wie vergeblich ihr Bemühen ist, beweise allein die Tatsache, daß Anfang September und Ende Oktober 1985 sogar die sowjetische Botschaft und ein Wohnviertel sowjetischer Offiziere in Kabul mit Raketen beschossen worden seien und daß die Mudschahedin auch jetzt noch in 16 der 29 afghanischen Provinzen die Kontrolle ausübten.

Für beide Seiten habe das Kriegsgeschehen schlimme Folgen gehabt: Ganze Landstriche Afghanistans seien verwüstet und rund 1 Million Afghanen getötet worden. Außerdem veranlaßte der Krieg über 4,5 Millionen Menschen, in andere Länder zu flüchten (XNA, 26. und 27.12.85).

In einem Kommentar vom 26. Dezember 1985 wies die Volkszeitung darauf hin, daß die sowjetische Invasion in Afghanistan auch eine Bedrohung der Sicherheit Chinas sei. Die Volksrepublik werde deshalb fortfahren, das afghanische Volk bei seinem gerechten Kampf zu unterstützen und daran mitzuwirken, daß die Sowjetunion ihre Truppen bedingungslos aus Afghanistan zurückziehe, damit das afghanische Volk seine Probleme aus eigener Kraft lösen und wieder den alten blockfreien Zustand herstellen könne.

Bei der Generalversammlung der UNO Ende 1985 forderten erneut 122 Länder den Rückzug der fremden Truppen aus Afghanistan. (Gescheitert sind bisher übrigens auch sämtliche von der UNO geförderten sog. "indirekten Gespräche" zwischen dem pakistanischen und dem afghanischen Außenministerium. Bis Anfang 1986 hat es sechs solcher Gesprächsrunden gegeben.)

Immer wieder hat sich China mit Vorwürfen Kabuls auseinanderzusetzen, es unterstütze die Aufständischen mit Waffen und bilde Guerillas aus. So gab das Außenministerium der DR Afghanistan am 2. Februar 1985 eine an die VR China gerichtete Protestnote heraus, in der es hieß, daß beim Einsatz gegen "konterrevolutionäre Banden in der Umgebung von Kabul" größere Mengen chinesischer Waffen erbeutet worden seien, darunter auch Boden-Luft-Raketen und Abschlußrampen sowie Minen, Maschinenpistolen, großkalibrige Flugzeugab-

wehrmaschinengewehre, Munition und anderes Waffengut. Ferner werde ein Teil der afghanischen "Konterrevolutionäre" aus den Flüchtlingslagern in Afghanistan nach China verlegt, wo chinesische Instruktoren sie im Umgang mit Waffen und in "terroristischen Kampfmethoden" schulten. Chinesische Berater und Ausbilder unterwiesen afghanische "Konterrevolutionäre" aber auch in Lagern in Pakistan. Chinesische Massenmedien führten darüber hinaus einen aktiven Propagandakrieg gegen Afghanistan mit dem Ziel, über die Lage in und um Afghanistan Desinformationen zu verbreiten und die "brüderliche" Sowjetunion zu diffamieren. Dies bedeute eine "offene Einmischung" in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates. Am 6. Februar wies das chinesische Außenministerium diese Anschuldigungen als "schiere Verleumdung" zurück (nach XNA, 7.2.85). Am 30. Januar 1985 schrieb das ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans einen offenen Brief an das ZK der KPCh, in dem die "Genossen" darauf aufmerksam gemacht werden, daß "bei den afghanischen Banditen immer häufiger Waffen gefunden werden, die in China hergestellt sind". China setze immer mehr Lügen und Erfindungen ein, um Feindseligkeit gegen das neue afghanische System und das afghanische Volk zu verbreiten" (Radio Kabul in SWB, 1.2.85).

Nach chinesischer Auffassung verfolgt die Sowjetunion seit Anfang 1985 eine dreipolige Strategie, nämlich Festigung ihrer Positionen in den afghanischen Kampfgebieten, Verstärkung des Drucks auf Pakistan und Irreführung der internationalen Öffentlichkeit durch eine "vorgetäuschte Bereitschaft, eine politische Regelung des afghanischen Problems anzustreben" (XNA, 27.6.85). Das erstere Ziel wurde durch Truppenverstärkungen und durch heftige Offensiven in Afghanistan angestrebt, das zweite durch Überschreiten der Grenzen der pakistanischen Provinz Belutschistan (XNA, 27.6.85).

Doch seien all diese Versuche gescheitert.

Am 11. September stellt die Xinhua (XNA, 9.11.85) befriedigt fest, daß die Amerikaner im Juli 100 "Sidewinder"-Luftraketen und zahlreiche Boden-Luftraketen an die afghanischen Widerstandskämpfer geliefert hätten (vgl. auch C.a., Januar 1980, Ü 12). -we-

AFRIKA UND NAHOST

*(2)

Nahostdiplomatie

Im November 1985 bereits hatte der stellvertretende Ministerpräsident und Planungschef Yao Yilin zwölf Tage lang drei Golfländer, nämlich das Sultanat Oman, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Kuwait besucht.

Einen Monat später folgte Außenminister Wu Xueqian seinen Spuren und besuchte vom 10. bis 24. Dezember den Irak, Jordanien, Syrien, Ägypten und die VAE. Erste Station war ein dreitägiger Besuch im Irak. Seit Jahren fordert China die Nachbarn Iran und Irak auf, ihre gegenseitigen militärischen Feindseligkeiten einzustellen und sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Gleichzeitig versucht es, mit den beiden Feinden im Gespräch zu bleiben. Im Juni 1985 hatte der iranische Parlamentspräsident Rafsanjani die VR China besucht - dies war die erste Visite eines führenden Politikers des Iran seit der Teheraner Revolution von 1979. Seitdem wollten Gerüchte nicht verstummen, daß es bei den Beijinger Gesprächen um Waffengeschäfte gegangen sei. Zwar habe sich China im Golfkrieg für neutral erklärt, doch insgeheim seien Waffengeschäfte in Höhe von 1,6 Mrd. US\$ abgeschlossen worden. Bereits im Laufe des Sommers 1985 hätten mindestens zweimal chinesisch-iranische Verhandlungen über den möglichen Verkauf chinesischer Bodenraketen an die iranischen Streitkräfte stattgefunden (Le Monde, 27.10.85). An anderer Stelle hieß es sogar, China habe dem Iran Nukleartechnologie angeboten (IHT, 24.10.85). China bezeichnete solche Aussagen als bloße Erfindungen (XNA, 30.3.85). In Wirklichkeit habe man lediglich ein Kulturabkommen unterzeichnet (XNA, 1.7.85 und 6.2.85).

Immerhin scheinen solche Gerüchte im Irak böses Blut gemacht zu haben, so daß Außenminister Wu hier einiges klarzustellen gehabt haben dürfte. Wenige Tage später wurden in Bagdad beim dritten Treffen des gemeinsamen Handelskomitees Vereinbarungen über eine wesentliche Erweiterung der beiderseitigen Zusammenarbeit getroffen (XNA, 27.12.85). Schon im August 1985 waren Abmachungen unterzeichnet worden, durch die China sich verpflichtete, ein Bewässerungsprojekt im Irak zu bauen (XNA, 14.8.85). Im übrigen stellten beide weitgehend identische Ansichten zur internationalen Politik fest.

Zweite Station war Jordanien (13.-15.12.). Hier versicherte Wu seinen Gastgebern, daß China solange mit Israel keine Beziehungen aufnehmen wolle, als dieses seine "Politik

der Aggression und Expansion" fortsetzt (XNA, 16.12.85). Israel müsse sich von sämtlichen "arabischen Territorien zurückziehen, die es seit 1967 besetzt habe". China unterstütze ferner den jordanischen Standpunkt, daß eine internationale Konferenz zur Lösung der Nahostfragen zusammenkommen soll. China werde weiterhin die PLO unterstützen (ebd.). Außerdem ermutigte Wu Xueqian Jordanien, weiterhin an seiner Politik der Aussöhnung mit Syrien festzuhalten; hätten beide Länder doch einen gemeinsamen Feind, nämlich Israel, das nach wie vor das Westufer des Jordan und die syrischen Golanhöhen besetzt halte. Zwar bestünden Meinungsverschiedenheiten zwischen Jordanien und Syrien über Nahost-Friedensgespräche, im Hinblick auf den Iran-Irak Krieg, die Libanonfrage und Ägypten, doch beträfen all diese Differenzen nicht direkt das bilaterale Verhältnis zwischen beiden.

China neigt bei der Lösung der Nahostfrage zu den jordanischen Vorstellungen friedlicher Verhandlungen (unter Teilnahme Israels!), während Syrien auf die Waffen setzt.

Dritte Station war Syrien. Hier betonte Wu, daß nach chinesischer Auffassung die US-Unterstützung für Israel die Grundursache dafür sei, daß bisher keine Lösung der Nahostfrage habe herbeigeführt werden können. Chinas Nahostpolitik lasse sich auf folgende Punkte festlegen: Eintreten gegen die israelische "Aggressions- und Expansionspolitik"; Unterstützung des "gerechten Kampfes der arabischen Staaten und des palästinensischen Volkes", für die Wiedergewinnung der "okkupierten Territorien" und für die Wiederherstellung ihrer nationalen Rechte; Betonung des Rechts aller Nahoststaaten auf Unabhängigkeit und Existenz; Unterstützung der arabischen Länder und des palästinensischen Volkes bei seinem Kampf zur Erreichung seiner nationalen Ziele. Die Forderung nach "Einheit der arabischen Völker" und "Einheit des palästinensischen Volkes" seien Schlüsselemente für die Lösung der Nahostfrage (XNA, 17. und 18.12.85).

Wu wies Presseberichte, denen zufolge China politische, wirtschaftliche und militärische Kontakte mit Israel unterhalte, als "grundlos" zurück.

Besonders begrüßt China die Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Syrien, Jordanien und dem Irak, die seit Anfang September 1985 zu bemerken ist. Schwierige Differenzen gilt es hierbei zu überwinden, die sich u.a. in drei Fragen widerspiegeln:

(1) Verhandlungen über den Frieden im Nahen Osten: Jordanien und der Irak treten für Friedensgespräche (u.a. unter Beteiligung Israels) über Palästina ein, während Syrien die Oppositionsfraktion in der PLO unterstützt. (2) Beim iranisch-irakischen Krieg unterstützt Jordanien den Irak, während Syrien zum Iran hält. (3) Beziehungen zu Ägypten: Während Jordanien im September 1984 seine diplomatischen Beziehungen mit Kairo wiederhergestellt hat, wurde dieser Akt von Syrien als eine Verletzung der Resolutionen der arabischen Gipfelkonferenz verurteilt.

Daß die drei Länder sich nun bemühen, diese Differenzen unter den Tisch zu kehren, wird von China als ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur arabischen Einheit gedeutet (XNA, 18., 19. und 10.12.85).

Die vierte Station, die am 8.12. begann, war Ägypten, mit dem China ja seit drei Jahrzehnten so herzliche Beziehungen unterhält, daß Kairo z.B. während der Kulturrevolution der einzige Staat blieb, aus dem China seinen Botschafter nicht abberief.

Auch hier wiederholte Wu seine bekannten Standpunkte (Rückzug Israels aus den seit 1967 besetzten Gebieten, Wiederherstellung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und Recht aller Nahoststaaten auf Unabhängigkeit und Existenz) (XNA, 20.12.85). Ferner müsse die Nahostfrage durch "Friedensgespräche" gelöst werden - hier also wurde der jordanische Standpunkt, der ja auch von Ägypten geteilt wird, noch einmal wiederholt.

Letzte Station der Nahostreise Wu Xueqians waren (vom 22. bis 24.12.) die Vereinigten Arabischen Emirate. In Abu Dhabi forderte er eine noch intensivere Zusammenarbeit Chinas mit den ölschweren Emiraten. Hier hatte, wie bereits ausgeführt, bereits Yao Yilin einige Wochen vorher vorgesprochen.

Alles in allem hat China seine Nahostpolitik gut verkauft. U.a. hat es sich aus den Streitigkeiten herausgehalten und ist für jede einzelne Regierung ansprechbar. Es setzt sich mit dem Iran genauso an den Verhandlungstisch wie mit dem Irak und versteht sich mit Jordanien genauso gut wie mit Syrien, obwohl diese Staaten untereinander verfeindet sind.

Zu Israel werden zwar keine offiziellen Gesprächskontakte unterhalten, doch tritt China inzwischen für ein Existenzrecht Israels ein. Der arabisch-israelische Konflikt dauere nun schon vier Jahrzehnte lang an, und keine Seite habe dabei

die andere ausschalten können. In den vergangenen Jahren hätten sich deshalb immer mehr arabische Führer mit der Idee einer "Koexistenz" anfreunden müssen. Es gehe also nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie der Koexistenz. Die arabischen Staaten bestünden darauf, daß die PLO an sämtlichen Friedensverhandlungen in Nahost beteiligt sein müßten, während die USA und Israel diese Partizipation mit dem Argument zurückwiesen, daß die PLO zuerst ihren bewaffneten Kampf aufgeben und das Existenzrecht Israels anerkennen müsse (XNA, 16.12.85). Wenn Wu bei der Darlegung der chinesischen Nahostpolitik in den fünf Ländern immer wieder davon gesprochen hat, daß "jedes Land" im Nahen Osten ein Existenzrecht habe, so meinte es damit primär Israel! Beijing spielt also mittlerweile eine wohlthuend konstruktive Rolle bei der Diskussion um die Lösung der Nahostfrage. -we-

* (3)

China begrüßt die westeuropäische Weigerung, sich an den amerikanischen Sanktionen gegen Libyen zu beteiligen

Nach den Terrorüberfällen auf den Flughäfen von Rom und Wien vom 27. Dezember 1985 forderte die amerikanische Regierung am 7. Januar 1986 die westeuropäischen Länder auf, zusammen mit den USA Wirtschaftssanktionen über Libyen zu verhängen. Die Westeuropäer weigerten sich jedoch und hätten, wie Beijing betont, dafür durchaus plausible Gründe. (1) Sie wollten nicht dazu beitragen, die bestehenden Widersprüche und Krisen im Mittelmeerraum zu verschärfen. (2) Sie seien z. T. in hohem Maße von den libyschen Öllieferungen abhängig (für die Bundesrepublik sei Libyen der drittgrößte Lieferant, die Schweiz beziehe gar 50% ihres Ölimports aus Libyen). (3) Es arbeiteten zahlreiche Staatsangehörige der betreffenden Länder in Libyen, die Pressionen ausgesetzt seien. (4) Es bestehe die Erfahrung, daß Sanktionen noch nie die beabsichtigten Wirkungen erreicht hätten (XNA, 13.1.86).

Ebenso wie mit anderen radikaleren Regimen in Nahost will China auch mit Libyen im Gespräch bleiben. Zwischen beiden wurden im Jahre 1978 diplomatische Beziehungen aufgenommen, die, wie Geng Biao, der stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, am 18. Oktober 1985 betonte, bisher "problemlos" gewesen seien (XNA, 18.10.85). Im August 1985 hatte der libysche Außenminister die VR China besucht. China würdigte dabei die Bemühungen Libyens um eine blockfreie Politik und die Unterstützung der Palästinenser. Am

11. August 1985 wurde in Beijing ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern unterzeichnet. Im März des gleichen Jahres hatte das gemeinsame chinesisch-libysche Komitee über die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und technologischem Gebiet verhandelt (XNA, 11.3.85). An den Feierlichkeiten zum Tag der libyschen Revolution (6. September) pflegen regelmäßig höhere chinesische Funktionäre teilzunehmen. -we-

ASIEN

* (4)

China beobachtet mit hochgezogenen Augenbrauen den Besuch des sowjetischen Außenministers in Japan

Vom 15. bis 20. Januar 1986 hielt sich der neue sowjetische Außenminister Schewardnadse in Tokyo auf, um die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern neu zu beleben. Es war der erste Besuch eines sowjetischen Außenministers seit neun Jahren.

Vor allem zwei Ereignisse hatten die bilateralen Beziehungen fast auf den Nullpunkt gebracht, nämlich erstens die Unterzeichnung des chinesisch-japanischen Friedens- und Kooperationsvertrags vom November 1978 und zweitens der sowjetische Einmarsch in Afghanistan, den Japan in aller Entschiedenheit verurteilt hatte.

Noch zu Beginn der siebziger Jahre war Japan der wichtigste westliche Handelspartner der UdSSR gewesen. 1984 dagegen rangierte Japan nur noch an sechster Stelle mit einem Umsatz von 2,8 Mrd. Rubel.

Die Sowjetunion geht davon aus, daß die bilateralen Verhältnisse nicht dem politischen und wirtschaftlichen Gewicht beider Staaten entsprechen.

Der sowjetische Außenminister unterzeichnete während seines Aufenthalts ein auf fünf Jahre befristetes Handels- und Steuerabkommen, in dem Modalitäten der jährlichen bilateralen Handelsgespräche, der Erschließung Sibiriens mit japanischer Hilfe und der Doppelbesteuerung geregelt sind.

Des weiteren wurde der Vertrag über den sowjetisch-japanischen Kulturaustausch vom 27. Januar 1972, der am 26. Januar 1986 abgelaufen wäre, um zwei Jahre verlängert. Vorgesehen ist ein begrenzter Austausch von Regierungspublikationen und Wissenschaftlern sowie die Veranstaltung eines Filmfestivals in jedem der beiden Länder.

Ein dritter Punkt, der bei den Ge-

sprächen berührt wurde, war der Abschluß eines Friedensvertrags sowie die damit in engem Zusammenhang stehende Frage der "nördlichen Inseln" - aus japanischer Sicht das Hauptproblem zwischen beiden Ländern. Bekanntlich hat die Sowjetunion 1945 vier, nördlich von Hokkaido liegende Inseln besetzt und sie inzwischen zum Teil militärisch ausgebaut. Am 10. Oktober 1973 hatten Tanaka und Breschnew eine "Gemeinsame Erklärung" herausgegeben, in der die "Existenz einer Territorialfrage" anerkannt worden war.

Im Abschlußkommunique vom 20. Januar 1986 hieß es nun, daß beide Außenminister darüber übereinstimmen, daß diese Gemeinsame Erklärung die Grundlage für neue Verhandlungen über den Abschluß eines japanisch-sowjetischen Friedensvertrages sein werde. Japan hat seinen Anspruch auf die vier nördlichen Inseln immer wieder während der vergangenen Jahre verdeutlicht - und wird hierin auch von der VR China entschieden unterstützt. Die Sowjetunion bezeichnet den japanischen Anspruch als "unberechtigt und ohne Rechtsgrundlage sowie als ein künstlich geschaffenes Hindernis auf dem Wege zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen" (XNA, 11.1.86).

Noch weitere Differenzen bestehen im japanisch-sowjetischen Verhältnis: Einerseits attackiert Moskau die für seinen Geschmack allzu engen Beziehungen Japans zu den USA, andererseits fordert Japan von der Sowjetunion den Rückzug ihrer Truppen aus Afghanistan sowie die Reduzierung der SS-20-Raketen in Ostsibirien. Moskau wiederum erwartet eine Unterstützung durch Japan für seinen Plan einer "asiatischen Sicherheitsorganisation", doch hat Japan erklärt, daß es sich auf einen entsprechenden sowjetischen Vorschlag nicht einlassen wolle - nicht zuletzt wegen Rücksichtnahmen auf die VR China (XNA, 11.1.86). Ferner verurteilt die Sowjetunion die Beteiligung Japans am amerikanischen SDI-Projekt (XNA, 16.1.86).

Die Tokyoter Begegnung hat zwar zur Wiederbelebung regelmäßiger diplomatischer Kontakte geführt (u.a. wurde vereinbart, daß die jährlichen Handelskonsultationen zwischen Moskau und Tokyo auf Vizeaußenminister angehoben werden und daß sie mindestens einmal pro Jahr stattfinden sollen), doch bleiben die seit langem umstrittenen Territorialfragen nach wie vor das Haupthindernis für eine weitere Annäherung. Moskau wünscht, daß Japan ohne Vorbedingung in Verhandlungen eintritt (XNA, 9.1.86), während Japan einen solchen Verzicht nicht leisten will - und darin

von China nachdrücklich unterstützt wird.

China kann also mit dem Ausgang der Gespräche zufrieden sein. Aus chinesischer Sicht ist es am besten, wenn Japan und die UdSSR sich weder zu eng anfreunden noch sich in gefährlicher Weise befeinden. Auf keinen Fall würde China das Wiederaufkommen einer japanischen Äquidistanzpolitik hinnehmen; es war ja gerade der Zweck des chinesisch-japanischen Friedens- und Kooperationsvertrages von 1978, eine solche Äquidistanz ein für alle Male unmöglich zu machen. -we-

* (5)

Erstes chinesisch-mongolisches Grenzhandelsprotokoll seit Jahrzehnten

Der Handel Chinas mit seinen sozialistischen Nachbarn vollzieht sich auf zwei Ebenen, nämlich im Wege des zentralisierten Staatshandels sowie des lokalen Grenzhandels. Der erstere war über die Jahre ohne wesentliche Unterbrechungen fortgeführt worden, der Grenzhandel dagegen war Anfang der sechziger Jahre zum Stillstand gekommen.

Der sino-sowjetische Grenzhandel, der sich 1984/85 neu belebt hat, zieht nun auch entsprechende Entwicklungen im chinesisch-mongolischen Verhältnis nach. Das erste Grenzhandelsprotokoll zwischen beiden Ländern wurde am 19. Dezember 1985 in Ulan Bator unterzeichnet. Die Handelsströme werden sich danach im wesentlichen zwischen der Mongolischen Volksrepublik und der chinesischen Autonomen Region Innere Mongolei vollziehen und sollen sich 1986 auf einen Wert von 600.000 Schweizer Franken belaufen (SWB, 21.12.85). -we-

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

* (6)

Verurteilung des Terrorismus

Am 8. Januar verurteilte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums die terroristischen Überfälle auf den Flughäfen in Rom und Wien, drückte aber gleichzeitig chinesische Besorgnisse über die Art der amerikanischen und israelischen Reaktionen aus.

Die chinesische Regierung sei immer schon gegen den Terrorismus eingetreten, gleichgültig in welcher Form er sich äußere, und sie verdamme den Terrorismus als Mittel des politischen Kampfes (XNA, 9.1.86).

Am 25. Oktober hatte China einen Vier-Punkte-Vorschlag für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus unterbreitet, und zwar bei der 4. Sitzung der UNO-Generalver-

sammlung. Der Terrorismus sei "grausam, inhuman und äußerst unpopulär", da er das Leben von Unschuldigen gefährde. Außerdem destabilisiere er die internationale Sicherheit und den Frieden.

Erstens sollten die bestehenden einschlägigen internationalen Konventionen effizienter umgesetzt werden, d.h., sämtliche Länder sollten in Zukunft glaubhaftere Strafmaßnahmen verhängen. Zweitens sollten geeignetere Maßnahmen für die Verhinderung terroristischer Aktivitäten getroffen werden. Drittens sollte kein Staat internationale terroristische Aktivitäten unterstützen. Diejenigen Staaten, die dagegen verstießen, sollten dafür verantwortlich gemacht werden. Viertens aber sollten Maßnahmen gegen den Terrorismus nicht ihrerseits gegen internationales Recht verstoßen.

Sämtliche Länder müßten bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zusammenarbeiten (XNA, 26.20.85).

Am 27. November verurteilte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums die Entführung eines ägyptischen Verkehrsflugzeugs und begrüßte auch die Stürmung des Flugzeugs durch die ägyptische Einheit in La Valletta auf Malta (XNA, 26.11.85). China war in den letzten Jahren selbst durch mehrere Flugzeugentführungen nach Südkorea in Verlegenheit gebracht worden. -we-

* (7)

Letztlich sitzt die OPEC am längeren Hebel

China ist ein alter Anhänger der OPEC und hat eine Zeitlang geglaubt, daß auch andere Rohstoffkartelle dem Beispiel der erdölfördernden Länder folgen könnten. Seit 1973, als die 13 OPEC-Mitglieder die Industrieländer zum ersten Mal in die Knie zwang, schienen die Bäume dieser Organisation in den Himmel zu wachsen. Beijing zeigte sich hellauf begeistert.

Seit 1981 freilich wird zuviel Öl produziert, und die OPEC sah sich gezwungen, ihre Ölpreise zu senken. Um den internationalen Markt zu stabilisieren, nahm sie sogar Verluste in Kauf, indem sie die Ölproduktion einschränkte und die Ölpreise senkte. Ende 1985 lag die vereinbarte Maximalproduktion bei 16 Mio. barrel täglich, während die Produktionskapazitäten mindestens 32 Mio. betragen.

Trotzdem hat sich die Lage verschlechtert, wofür drei Gründe maßgebend sind. Erstens ist der Weltrohölbedarf zurückgegangen, und zwar infolge der Erschließung

alternativer Energiequellen sowie der rasch um sich greifenden Energiesparmaßnahmen. Zweitens expandierte die Produktion von Nicht-OPEC-Ländern (Großbritannien, Norwegen, Ägypten, Mexico, Sowjetunion usw.), so daß sich der Anteil der OPEC am Verkauf auf dem westlichen Ölmarkt von 60% im Jahre 1979 auf 35% im Jahre 1985 senkte. Ende 1985 auch hatte sich der gesamte Ausstoß der westlichen Länder auf 29,5 Mio. barrel täglich erhöht, zweimal die Fördermenge der OPEC-Länder. Drittens hielten sich immer weniger OPEC-Mitglieder an die vereinbarten Quoten und Preise. Ecuador überschritt die Quoten gleich um 60%, "Hauptsünder" aber war, wenn man die Mengen in Betracht zieht, Nigeria (die vereinbarten und wirklichen Produktionsquoten der verschiedenen Länder sind in XNA, 10.7.85, einander gegenübergestellt).

Unter diesen Umständen sieht sich die OPEC, die in eine "passive Situation geraten" sei, gezwungen, ihr altes Prinzip, nämlich den Ölpreis durch eine Einschränkung der Ölproduktion zu stabilisieren, aufzugeben. Eine neue Strategie ist gefragt, die auf eine Anpassung an die Marktverhältnisse hinausläuft. Damit aber käme es zu jenem Preiskrieg, den zu vermeiden ja gerade Zweck der OPEC war. Dieser "Krieg" aber ginge - darin ist sich China ganz sicher - am Ende zuungunsten der Nicht-OPEC-Mitglieder aus; u.a. machten die Explorationskosten der OPEC-Länder nur ein Sechstel der Kosten der Nordseeölproduzenten aus. Die 13 OPEC-Staaten verfügten außerdem über 70% der Ölreserven in der Welt, während das Nordseeöl in zehn Jahren erschöpft sei. Im Übrigen würden die Verluste der OPEC durch größere Anteile am Ölhandel wieder wettgemacht. Letztlich sitze die OPEC im Vergleich zu den anderen Ölländern am längeren Hebel. Sie wünsche, ihren "gerechten Anteil" auf dem Weltölmarkt zurückzuerobern. Damit sei sie in der Tat im Recht - meint Beijing (BRU 1985, Nr.28, S.12; BRU 1985, Nr.34, S.12f.; BRU 1985, Nr.51, S.11; XNA, 5. und 8.7.85). -we-

* (8)

Beijing und der Islam

Noch während der Kulturrevolution war der Islam in China diskreditiert, waren Koranexemplare verbrannt und Moscheen zweckentfremdet worden. Dies hat sich inzwischen grundlegend geändert. Beijing gehört heute zu den begeistertsten Anhängern der Islamischen Konferenz, es unterhält - mit Ausnahme von Saudi-Arabien - optimale Beziehungen zu allen islamischen Ländern und es hat neuerdings seine eigenen "muslimischen Provin-

zen" zu stärkerer Kooperation mit der islamischen Welt veranlaßt. Man weiß, daß der Islam eine der wichtigsten Weltreligionen mit über 700 Millionen Anhängern, d.h. etwa einem Fünftel der Weltbevölkerung, ist, die alle in der Dritten Welt, hauptsächlich im Nahen Osten und in Nordafrika angesiedelt sind. Außerdem machen Mohammedaner in rd. 40 Ländern der Erde jeweils über 30% der Gesamtbevölkerung aus.

Die wichtigste Organisation, unter deren Dach sich die islamischen Länder zusammengefunden haben, ist die 1971 in Saudi-Arabien gegründete "Organization of Islamic Conference", deren Ziele in einer Charta von 1972 festgelegt wurden. Es sind dies im wesentlichen: die Förderung der islamischen Solidarität; die Festigung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet; der Kampf gegen Rassismus und Kolonialismus; die Bewahrung von Frieden und Sicherheit in der Welt; die Koordinierung aller Anstrengungen zum Schutz der heiligen Stätten des Islam und zur Unterstützung des palästinensischen Volkes im Kampf um seine Rechte und sein Heimatland; der Schutz der Muslime in aller Welt und die Schaffung einer geeigneten Atmosphäre zur besseren Zusammenarbeit zwischen muslimischen und nichtmuslimischen Staaten. Die OIC konstituiert sich in Gipfel- und in Außenministerkonferenzen.

Besonders gut ins chinesische Konzept paßte die scharfe antisowjetische Erklärung anlässlich des Einmarsches der UdSSR in Afghanistan während der islamischen Außenministerkonferenz in Islamabad im Januar 1980.

Von einigen islamischen Ländern erhält Beijing beachtliche Finanzhilfe, so z.B. von Kuwait und von den VAE. Seit einigen Jahren umwirbt Beijing u.a. die konservativen Araber, zu denen es in der Tat auch schnell Zutritt fand. Eine Ausnahme ist bisher nur Saudi-Arabien geblieben, das nach wie vor Beziehungen zu Taiwan unterhält.

Vom 10. Juli bis 5. August 1985 pilgerten 2.100 Muslime aus der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang nach Mekka - dies war die höchste Zahl in der Geschichte Xinjiangs überhaupt. 1984 waren es noch 300 Hadschis gewesen.

Die beiden wichtigsten islamischen Provinzen ("Autonomen Regionen"), nämlich Xinjiang und Ningxia-Hui, haben inzwischen engere Beziehungen zu islamischen Ländern aufgenommen. Xinjiang verkündete anlässlich des 30. Jahrestages der

Gründung der "Autonomen Region" am 30. September 1985, daß es in Zukunft seine Türen zu Pakistan, dem Iran, der Türkei und anderen muslimischen Ländern öffnen werde. Firmen aus diesen Ländern könnten Joint Ventures oder andere exklusiv ausländische Betriebe in Xinjiang errichten (XNA, 30.9.85).

Auch die Wüstenprovinz Ningxia-Hui, in der 1,3 Millionen Muslims leben, ist dazu übergegangen, ihre Verbindungen zu arabischen Ländern zu stärken. Spezialisten aus Ningxia sind z.B. in Ägypten behilflich, 1.760 ha Land zu erschließen. Ägypten will dafür im Gegenzug chinesische Studenten ausbilden und Lehrer nach Ningxia entsenden. Bei der Konferenz über "Islamische Internationale Kooperation", die im Herbst 1985 in Yinchuan/Ningxia stattfand, wurden zahlreiche Verträge unterzeichnet, durch die sich arabische Länder zu finanziellen und technischen Leistungen an Ningxia verpflichteten (XNA, 2.1.86). Außerdem steht das "Islamische Kulturzentrum Ningxia", das z.Zt. in Yinchuan gebaut wird, das eine Fläche von insgesamt 15 ha bedeckt und eine Moschee mit 2.500 Plätzen einschließt, kurz vor seiner Vollendung.

Im Mai 1985 gab das ägyptische Religionsministerium außerdem bekannt, daß Ägypten seine religiösen Beziehungen mit China weiter ausbauen wolle (XNA, 7.6.85). -we-

*** (9)**
"Offene Türen" für ausländische Studenten

Die Staatliche Kommission für das Bildungswesen plant, die Zahl der ausländischen Studenten von 3.000 (1985) auf 6.000 bis 1990 zu erhöhen. Das Fächerangebot soll in den nächsten zwei bis drei Jahren von jetzt 190 auf 250 Fächer erweitert werden.

Zur Zeit studieren Studenten aus 109 Ländern (56% davon aus der Dritten Welt) in China; 1985 waren es auch 181 aus der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern (noch 1979 waren es nur zwei und 1982 drei gewesen) (BRu 1985, Nr. 52, S. 9). -we-

*** (10)**
244 Orte für Ausländer geöffnet

Mit Wirkung vom 1. Februar 1986 ist die Zahl der Orte in der Volksrepublik China, die von Ausländern ohne eine besondere Reiseerlaubnis besucht werden können, von 107 auf 244 erhöht worden. Ausländer, die im Besitz eines gültigen Visums oder einer Aufenthaltsgenehmigung für die Volksrepublik China sind, können diese Orte ohne weitere Forma-

litäten bereisen. Eine Liste dieser 244 "offenen" Orte und Gebiete wurde vom ZK-Organ "Volkszeitung" in ihrer Ausgabe vom 31. Januar 1986 veröffentlicht. -sch-

*** (11)**
Städtepartner Beijings

Beijing unterhält inzwischen Städtepartnerschaften mit Belgrad, Lima, Madrid, New York, Tokyo und Washington. Seit 1983 hat Beijing 38 Delegationen, darunter Regierungs- und Studiendelegationen mit 600 Teilnehmern, in diese Partnerstädte geschickt und 40 Delegationen sowie 2.397 Besucher von dort empfangen. Außerdem kamen acht japanische Gruppen mit insgesamt 3.000 Jugendlichen in die chinesische Hauptstadt. Im September 1985 richtete Washington eine "Beijing Economic Trade Exhibition" aus, die von 40.000 Personen besucht wurde und Geschäftsabschlüsse von 60 Mio. US\$ zur Folge hatte.

Mit New York sind z.Zt. 60 Kooperationsprojekte in der Diskussion. Beijing habe ferner viel von den Erfahrungen Tokoyos beim Städtebau gelernt (XNA, 3.1.86). -we-

INNENPOLITIK

*

*

*** (12)**
10. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. NVK

Der Ständige Ausschuss des VI. Nationalen Volkskongresses trat vom 10. bis 20. Januar 1986 zu seiner 14. Sitzung zusammen. Das Ständige Legislativorgan der Volksrepublik China faßte u.a. folgende Beschlüsse:

- Einberufung der 4. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses für den 25. März 1986. Zentraler Tagesordnungspunkt soll die Behandlung des 7. Fünfjahresplans (1986-1990) darstellen. Darüber hinaus soll sich die alljährliche Plenartagung des chinesischen Parlaments mit den Entwürfen für ein Zivilgesetzbuch, für ein Gesetz über Schulpflicht und für ein Gesetz über Unternehmen in Auslandsbesitz beschäftigen. Wie immer werden auch verschiedene Rechenschaftsberichte sowie die Berichte über den laufenden Jahresplan und über den Staatshaushalt und das Haushaltsbudget auf der Tagesordnung stehen.

- Verabschiedung des "Fischereigesetzes der Volksrepublik China" (Text in: RMRB, 21.1.86).

- Beschluß über die Öffnung des Hafens von Nanjing für ausländische Schiffe.